

Stadt Heidelberg

Drucksache:
0017/2016/BV

Datum:
14.01.2016

Federführung:
Dezernat III, Amt für Soziales und Senioren

Beteiligung:

Betreff:

**Gewährung eines Zuschusses in Höhe von 80.375 €
an den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) des
Diakonischen Werks Heidelberg**

Beschlussvorlage

Beschlusslauf

Die Beratungsergebnisse der einzelnen Gremien beginnen ab der Seite 2.2 ff.
Letzte Aktualisierung: 05. Februar 2016

Beratungsfolge:

Gremium:	Sitzungstermin:	Behandlung:	Zustimmung zur Beschlussempfehlung:	Handzeichen:
Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit	26.01.2016	Ö	() ja () nein () ohne	
Haupt- und Finanzausschuss	03.02.2016	Ö	() ja () nein () ohne	

Beschlussvorschlag der Verwaltung:

Der Ausschuss für Soziales und Chancengleichheit und der Haupt- und Finanzausschuss stimmen der Gewährung eines Zuschusses in Höhe von (netto) 80.375 € an den Sozialpsychiatrischen Dienst (SpDi) des Diakonischen Werks Heidelberg für das Jahr 2016 zu.

Finanzielle Auswirkungen:

Bezeichnung:	Betrag:
Ausgaben / Gesamtkosten:	
Ansatz SpDi im Haushalt 2016 insgesamt	134.375 €
Einnahmen:	
Weiterleitung Landesförderung 2016	54.000 €
Finanzierung:	
städtischer Zuschuss SpDi (netto)	80.375 €

Zusammenfassung der Begründung:

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) ist als Bestandteil der gemeindepsychiatrischen Versorgung in Heidelberg von großer Bedeutung und seine fachliche Notwendigkeit ist unbestritten. Voraussetzung für die Bewilligung einer Zuwendung durch das Land Baden-Württemberg ist eine Komplementärförderung der Kommune.

Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit vom 26.01.2016

Ergebnis: einstimmige Zustimmung zur Beschlussempfehlung

Sitzung des Haupt- und Finanzausschusses vom 03.02.2016

Ergebnis: einstimmig beschlossen

Begründung:

Der Sozialpsychiatrische Dienst (SpDi) des Diakonischen Werks Heidelberg wird seit vielen Jahren von der Stadt Heidelberg – komplementär zum Landeszuschuss – gefördert und ist ein wichtiger Partner im gemeindepsychiatrischen Netzwerk der Kommune. Seit dem Jahr 2004 beläuft sich der Zuschuss auf 73.400 €. Seit 2013 wird zusätzlich ein Betrag von 6.975 € für die Overheadkosten gezahlt, der zuvor über einen pauschalen Zuschuss an die Diakonie abgerechnet wurde. Insgesamt beläuft sich der städtische Zuschuss damit auf **80.375 €**.

Gleichzeitig erfolgt eine Förderung aus Landesmitteln, die jeweils von der Stadt vereinnahmt und zusätzlich an den SpDi weitergeleitet wird. Nach einer Neufassung der Verwaltungsvorschrift des Ministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie, Frauen und Senioren Baden-Württemberg wurde dieser Landeszuschuss im Jahr 2013 von 29.100 € auf 54.000 € erhöht. Mit den zusätzlichen Mitteln soll die längerfristige Stärkung von nachgehenden Hilfen, insbesondere bei Hausbesuchen und im Bereich der Langzeitbetreuung, erreicht werden. Der SpDi hat mit diesen zusätzlichen Mitteln seine aufsuchende Arbeit weiter ausgebaut und hat deshalb bereits im Jahr 2012 eine zusätzliche Halbtagskraft eingestellt.

Mittlerweile ist die Förderung der sozialpsychiatrischen Dienste auch in dem zum 1.1.2015 in Kraft getretenen Psychisch-Kranken-Hilfe-Gesetz (PsychKHG) gesetzlich verbindlich sichergestellt.

Der SpDi beantragt für 2016 erneut einen städtischen Zuschuss in der bisherigen Höhe. Da der SpDi als Bestandteil des Gemeindepsychiatrischen Zentrums (GPZ) von großer Bedeutung und seine fachliche Notwendigkeit unbestritten ist, schlägt die Verwaltung vor, dem SpDi auch für das Jahr 2016 einen Zuschuss in Höhe von **80.375 €** zu bewilligen.

Entsprechende Mittel sind im Haushalt 2015/2016 vorgesehen, die Auszahlung des Zuschusses erfolgt zunächst zu 40 %, weitere 40 % werden im 2. Halbjahr ausgezahlt, der Restbetrag im 4. Quartal in Abhängigkeit von der Mittelfreigabe entsprechend der gesamtstädtischen Entwicklung.

Der Beirat von Menschen mit Behinderungen erhielt die Vorlage vorab zur Kenntnis und hat darüber hinaus auch in der Sitzung des Ausschusses für Soziales und Chancengleichheit die Möglichkeit zur Mitberatung.

Prüfung der Nachhaltigkeit der Maßnahme in Bezug auf die Ziele des Stadtentwicklungsplanes / der Lokalen Agenda Heidelberg

1. Betroffene Ziele des Stadtentwicklungsplanes

Nummer/n: (Codierung)	+ / - berührt:	Ziel/e:
SOZ1	+	Armut bekämpfen, Ausgrenzung verhindern Begründung: Der Zuschuss an den SpDi trägt dazu bei, die Ausgrenzung von psychisch behinderten Menschen zu verhindern. Ziel/e:
SOZ 12	+	Selbstbestimmung auch alter, behinderter oder kranker Menschen gewährleisten Begründung: Dank der Betreuung durch den SpDi haben psychisch behinderte beziehungsweise kranke Menschen die Möglichkeit, sich besser zurecht zu finden. Ziel/e:
QU 2	+	Investitionen fördern, die einen gleichermaßen sozialen, ökonomischen und ökologischen Nutzen aufweisen. Begründung: Durch die Betreuung von psychisch kranken Menschen durch den SpDi können Klinikaufenthalte vermieden werden.

2. Kritische Abwägung / Erläuterungen zu Zielkonflikten:

Keine

In Vertretung
gezeichnet
Wolfgang Erichson